

# Solidarität mit Flüchtlingen - Prüfstein für Anstand, Rechtsstaat und Menschenrechte

Tim Guldemann

Erscheint am 25. August 2016 im SP-Spendenmagazin „solidarisch“ ([www.spschweiz.ch/solidarisch](http://www.spschweiz.ch/solidarisch))

Weltweit sind heute 60 Millionen Menschen auf der Flucht. 20 Millionen haben ihr Land verlassen müssen. Nur 4 Millionen von diesen haben es in ein ferneres reicheres Land geschafft. Mit andern Worten: Von 15 Flüchtlingen hat nur einer Aufnahme in einem Land wie der Schweiz gefunden. Diese Person ist in Europa als sog. „Flüchtlingsproblem“ angekommen. Das Elend der andern 14 findet anderswo statt.

Kriege haben Ursachen. Diese müssen bekämpft werden. Die SP unterstützt die aktive Friedens- und Vermittlungspolitik der Schweiz, zum Beispiel in Syrien. Sie verurteilt aber gleichzeitig die skandalösen Waffenexporte in die Region, die der Bundesrat noch erleichtert hat. Waffenexporte sind Kriegstreiber.

Das Flüchtlingselend in Krisengebieten ist ein wichtiger Grund, warum Menschen ihre Flucht nach Europa fortsetzen. Die internationale Hilfe vor Ort ist ungenügend. Die SP ist für eine Verstärkung dieser Hilfe. Weil der Zugang zu den Kriegsgebieten, so zum Beispiel nach Syrien hinein, sehr schwierig ist, muss sich die Hilfe auf die Nachbarschaft konzentrieren. Dort muss sie auf breiter Basis geleistet werden, um die Integration in die lokale Gesellschaft zu erleichtern. Das Geld ist beschränkt. Die SP konnte nicht verhindern, dass das Parlament die Gelder für die internationale Zusammenarbeit im Vergleich zum Bundesbudget gekürzt hat. Das führt jetzt zum inakzeptablen Dilemma: Ein Franken mehr zur Linderung des Flüchtlingselends in der Region, müsste aus Topf genommen werden, der für die Ärmsten anderswo bestimmt ist.

Nachdem der Zustrom von Flüchtlingen auf der Balkanroute durch drastische Massnahmen eingedämmt worden ist, nimmt die Flüchtlingszahl auf dem Weg über das Mittelmeer zu. Allein seit Beginn des Jahres sind von hier mehr als eine Viertelmillion Menschen nach Europa gekommen. Weitere Hunderttausende, die in Nordafrika blockiert sind, hoffen auf eine Chance, es auch noch zu schaffen. Die Flüchtlingskrise auf dem Mittelmeer wird sich verschärfen. Sie hat bereits Tausenden von Menschen das Leben gekostet.

Im Mittelmeer lassen sich Landesgrenzen nicht leicht kontrollieren. Und mit den nordafrikanischen Staaten ist ein Rückschaffungsdeal wie jener mit der Türkei kaum machbar. Dieser Zustrom wird unser Land viel stärker betreffen als bisher jener auf der Balkanroute. Bern hat bereits entsprechende Krisenszenarien vorbereitet.

Das Flüchtlingsproblem spaltet die Gesellschaft in der Schweiz und anderswo in Europa. Einem breiten Engagement zivilgesellschaftlicher Flüchtlingshilfe steht ein wachsender Rechtspopulismus gegenüber, der erfolgreich die Ängste der Bevölkerung mit fremdenfeindlichen Parolen bedient. Die SVP verfolgt ihr bewährtes Rezept: „Augen und Grenzen zu“ - das Flüchtlingselend findet anderswo statt.

Was können wir tun? Für mich geht es um drei Ziele:

- Erstens müssen die Menschenrechte und die Flüchtlingskonvention strikt eingehalten werden. Der Bundesrat hat auf meine Interpellation vom März am 3. Juni geantwortet,

dass er sich für eine „vollständige und kompromisslose Einhaltung der Konvention und insbesondere des Rückschiebeverbots“ stark mache. An diesem Versprechen müssen wir seine Politik messen.

- Zweitens müssen wir uns für gesamteuropäische solidarische Lösungen einsetzen. Europa ist am Scheideweg: Die offenen Grenzen im Innern Europas können nur mit einer Reform der Dublin Regeln und ihrer tatsächlichen Anwendung garantiert werden. Die Verfahren müssen vereinheitlicht werden. Die vereinbarte Registrierung der Flüchtlinge im ersten Ankunftsland ist aber nur durchsetzbar, wenn sich Europa auf eine Umverteilung der Flüchtlinge einigen kann. Die Schweiz ist mit gutem Beispiel vorangegangen. Die Verweigerung der Osteuropäer, Franzosen und Engländer ist inakzeptabel.
- Drittens müssen wir die gesellschaftliche Akzeptanz einer offenen Flüchtlingspolitik stärken, um möglichst viele am Leben bedrohte Flüchtlinge retten zu können. Wenn wir dabei als Sozialdemokraten etwas erreichen wollen, geht es nicht nur darum, gesinnungsethisch Recht zu haben, sondern vor allem darum, uns verantwortungsethisch für politisch tragfähige Lösungen einzusetzen, um Recht zu bekommen.

Grenzen dürfen nicht geschlossen werden. Jedem, der an Leib und Leben bedroht ist und unsere Grenzen erreicht – die europäischen oder nationalen - muss garantiert werden, dass er oder sie einen Asylantrag stellen kann. Das verlangt die Genfer Flüchtlingskonvention, das verlangen die Menschenrechte. Asylpolitik ist aber nur möglich, wenn Grenzen kontrolliert werden, um von dort Asylverfahren in die Wege zu leiten.

Die Rückkehr ist mit Risiken verbunden. Wir sind nicht prinzipiell gegen das Konzept der sicheren Herkunftsländer. Diese müssen rechtsstaatliche Voraussetzungen bieten, dass eine generelle Gefährdung ausgeschlossen werden kann. Gleichzeitig müssen die individuellen Gefährdungsgründe genau abgeklärt werden.

Die Rückkehr ins Heimatland kann mit Rücknahmeabkommen erleichtert werden. Trotz völkerrechtlicher Pflicht verweigern aber gewisse Staaten die Aufnahme ihrer eigenen Bürger. Die Schweiz hat vorbildliche Migrationspartnerschaften entwickelt, die in enger Zusammenarbeit mit dem Partnerstaat die Reintegration der Rückkehrer erleichtern. Die SP unterstützt diese Politik.

Es geht um viel mehr als um das Schicksal der Flüchtlinge, es geht um die Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens, des Rechtsstaats und der Menschenrechte, oder etwas altmodisch schlicht um Anstand. - Die Flüchtlingskrise ist der Prüfstein dieser Prinzipien. In ihr müssen wir beweisen, dass es gelingt, sie erfolgreich zu verteidigen.